

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten**

**betreffend**

**Blackout-Gesamtstrategie "Bund-Land-Gemeinde-Haushalt"**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- trotz zersplitterter Kompetenzen eine gesamtstaatliche Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden für den Blackout-Krisenfall mit dem Ziel einer Blackout-Gesamtstrategie – mit der Zusage einer bestmöglichen Mitarbeit des Landes OÖ - sichergestellt wird,
- beim momentan forcierten Umstieg auf erneuerbare Energien (EAG) auch der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur (Netzausbau, Speicher) mitgedacht wird,
- vor allem bei der Bevölkerung mehr Bewusstsein zur Eigenvorsorge geschaffen wird,
- auf EU-Ebene vorbeugende Maßnahmen koordiniert und gesetzt werden, um die Auswirkungen von einem großflächigen Ausfall der Stromversorgung nachhaltig zu verringern.

### **Begründung**

Viele Experten rechnen in den kommenden Jahren mit einem Blackout. Das Land Oberösterreich beschäftigt sich bereits auf mehreren Ebenen und längerfristig mit der Vorsorge gegen überregionale, längerfristige Stromausfälle und deren Folgen.

Das Thema Blackout wird auch im Trinkwassernotversorgungsrahmenplan mitbehandelt. Zudem werden bereits auf Bezirks- und Gemeindeebene Notfallpläne ausgearbeitet.

Bei der Krisenvorsorge treffen auf Bundesebene mehrere Zuständigkeiten, beispielsweise die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, zusammen. Darum ist eine gesamtstaatliche Koordinierung notwendig. Dazu gehören neben EU-weiter Blackout-Prävention und stabiler Stromversorgung auch eine umfassende, alle Gebietskörperschaften und betreffende Institutionen umfassende Krisenplanung.

Der Staat alleine kann allerdings keine allumfassende Versorgungssicherheit gewähren. Das wesentlichste Element zur Vorsorge für einen Blackout ist und bleibt die Eigenvorsorge eines jeden

einzelnen. Deshalb muss die Sensibilisierung dafür oberste Priorität haben. Jeder Bürger und jede Bürgerin ist dabei gefordert, die notwendige Selbstvorsorge für einen entsprechenden Zeitraum sicherzustellen. Zur Hebung des Vorsorgebewusstseins soll es verstärkt Informationskampagnen geben.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern aber zusätzlich die Erarbeitung einer Blackout-Gesamtstrategie im Zuge einer gesamtstaatlichen Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden.

Linz, am 15. Juni 2021

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Nerat, Mahr, Gruber, Handlos, Bahn**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Frauscher, Kirchmayr, Manhal, Raffelsberger, Kolarik, Hingsamer, Tiefnig, Rathgeb, Stanek, Dörfel**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Lindner, Krenn**

(Anm.: Fraktion der Grünen)

**Mayr, Hirz, Schwarz, Böker, Bors**